W-1-053-3: Nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen: Antifa in die Offensive!

Antragsteller*innen Laura Wahl

Antragstext

Von Zeile 52 bis 53 einfügen:

darauf hinwirken, dass linke, progressive Perspektiven in der Partei Gehör finden und sich die Parteien klar zur antifaschistischen Aktion bekennen.

In der Geschichte ist ein Erstarken rechter Strömungen häufig mit einer verfehlten Sozialpolitik einhergegangen, für eine Erklärung des starken AfD-Ergebnisses greift diese Erklärung allerdings zu kurz. Die Rhetorik und Landeswahlprogramme der AfD zeigen, dass es ihr gerade nicht um eine Lösung der sozialen Frage geht, sondern um eine Ethnisierung derselbigen. Ökonomische Ungerechtigkeiten werden durch die Rechte nicht als Verteilungsfragen behandelt, sondern als Ventil, um Hass und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, u.a. Rassismus und Antisemitismus, zu schüren. Das Ziel rechter Akteur*innen, Minderheiten als Sündenböcke darzustellen, stößt zumindest bei einem Teil der Thüringer Bevölkerung auf offene Ohren – zeigen doch Umfragen wie der Thüringer Monitor seit Jahren ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild bei einem Teil der Menschen. Dazu kommen gefestigte rechtsextreme Netzwerke und Bastionen, auf denen die AfD aufbauen kann. Multivariate Analysen zeigen, dass ehemalige Wahlerfolge der NPD den Boden für heutige AfD-Wahlerfolge bereiteten. Wo sich rechtes Gedankengut, einmal verankern konnte, wirkt es auf lange Zeit fort. Daraus ergeben sich aus antifaschistischer Perspektive mehrere Folgerungen.
Eine gerechte Sozialpolitik lässt sich mit Konservativen und Neoliberalen wohl kaum grundlegend verbessern. Wenn wir nachhaltig gegen die Rechten vorgehen wollen, braucht es deshalb auf Bundes- wie auf regionalen Ebenen progressive, sozialpolitisch orientierte Bündnisse, um insbesondere der AFD, aber auch anderen rechten Bewegungen und Vorfeldorganisationen, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dabei gilt es, in den öffentlichen Debatten eigene Themen zu platzieren und diese positiv zu vertreten, anstatt ständig bloß auf Vorstöße der Rechten zu reagieren und über jedes Stöckchen zu springen, welches sie uns hinhalten. Die gesellschaftliche demokratische

Mehrheit darf sich von der AFD und den rechten Strömungen nicht ständig treiben lassen - weder indem sie sie die thematischen Schwerpunkte des politischen Diskurses vorgeben lassen noch indem das Framing rechter Strömungen aufgegriffen wird.

Klar ist ebenso, dass menschenverachtende Äußerungen sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit niemals unwidersprochen bleiben dürfe und immer klare Widerworte von uns als Demokrat*innen erfordern.

Begründung
erfolgt mündlich